

Schaffung des „Bauzaubers“ zu beginnen waren, so erkennen Sie die Regierungskräfte diese Täuschungen nicht immer klarer. Auch die pure Gewalt der Sanktionsbildung der zappelnden Rittergäste organisierten Hilfszusammenkünften, wie die vom vergangenen Sonntag in Dresden, verhindern nicht den Vertrag Einstellung zu erhalten, was auch die Regierung noch bringend an den Kabinettsgesprächen ihrer Männer appellieren.

Die Kommunisten in deren Kreisen, daß sie von der Regierung als Schadstoffe missbraucht werden sollen, wodurch Tag für Tag, Sie sich um so härter machen, je machtmässiger wir Kommunisten die Ideologische Offensive gegen die NSDAP durchführen.

Die in ihrem Glauben an die Regierung erstaunten werktätigen Händler müssen die Konsequenzen ziehen und die NSDAP verlassen! Für sie gibt es nur einen Platz, um einen erfolgreichen Kampf gegen Hunger, Verleidung und Unterdrückung zu führen, und das ist die kämpfende Einheitsfront unter Führung der KPD!

## Drei Tage Reichstag!

Von Ernst Torgler

Nur drei Tage war der neugezählte Reichstag versammelt. Dennoch hat diese kurze Tagung eine sehr große Bedeutung für die innerpolitische Entwicklung in Deutschland. Das wird sofort klar, wenn man sich die wichtigsten politischen Entscheidungen dieses Reichstages vor Augen hält:

1. Sozialdemokraten, KPD, Zentrum und die übrigen bürgerlichen Parteien verhinderten gemeinsam die soziale Abstimmung über den kommunistischen Mithrausanzug gegen die Schleicherregierung. Damit präsentierte sich vor den Augen der Gesellschaft Deutschlands und der ganzen Welt die große Tolerierungsfrente für das Schleicher-Kabinett.

2. Die Nazis mit Zentrum und Splitterparteien verhinderten die Abstimmung über die kommunistischen Anträge auf Aufhebung der Kapennotverordnungen. Sie traten dadurch offen ein für die Aufrechterhaltung des Wohnabbaus-, des Unterhalts- und Rentenabbaus. Dies war gewissermaßen die engste Tolerierungsfrente des Schleicher-Kabinetts.

3. Die Nazis mit Zentrum und Splitterparteien verhinderten die Beratung und Abstimmung über die kommunistischen Anträge auf Winterhilfe für die Arbeitslosen und beantragten diese Anträge bis auf weiteres in den Reichstagsausschüssen. Dadurch zeigten diese Parteien, was ihre „Arbeitspolitik“ und insbesondere ihre „Arbeitslosenpolitik“ bedeutet. Sie lassen die Hungenden weiter hungern. Sie vertreten und verhelfen die Arbeitslosen an die Schleicherregierung und das Finanzkapital.

4. Nazis, Zentrum und Splitterparteien beschlossen gegen den heftigen Widerstand der Kommunisten die Vertragung des Reichstages bis auf weiteres und gaben damit der Regierung Schleicher die Möglichkeit, zu „arbeiten“.

Das Kabinett Schleicher hat kein echtes Ziel erreicht, indem es den Parteien von Reichs- und Kriegsministerium aus Winterhilfe für die Arbeitslosen und beantragten diese Anträge bis auf weiteres in den Reichstagsausschüssen. Dadurch zeigten diese Parteien, was ihre „Arbeitspolitik“ und insbesondere ihre „Arbeitslosenpolitik“ bedeutet. Sie lassen die Hungenden weiter hungern. Sie vertreten und verhelfen die Arbeitslosen an die Schleicherregierung und das Finanzkapital.

Eine dieser „Konstellationen“ war die durch den Staatssekretär Plaß abgegebene Regierungserklärung, daß das Kabinett bereit sei, demalig der Winterhilfe eine Verhandlung mit den Parteien zu suchen. Bescheinigt dabei ist, daß die Regierung keinerlei konkrete Zugeständnisse macht, sondern nur eine Kabinettsformel zum besten gab, die zu nichts verpflichtet. Eine weitere „Konstellation“ ist die Zusammensetzung der Regierung zur Ausarbeitung des zweiten Teils der Notverordnung vom 5. September. Wohl zu merken: nicht etwa die Beitragsabgaben über den Wohnabbau sind aufgehoben, auch nicht die Kapenverordnungen gegen die Arbeitslosen. Kapitalinteressen, Kriegsopfer, auch nicht die Milliarden-Solidaritäten an die Kapitalisten, sondern nur jenes Ermäßigungskommissariat, welches der Regierung Keppler die Möglichkeit zu aufwändigen Maßnahmen auf dem Gebiet der Sozialpolitik gab. Die deutsche Bourgeoisie und ihre Schleicherregierung gab nichts preis von den realen Maßnahmen, die sie für die Probleme des Kapitals und gegen die arbeitenden Massen getroffen hat, sondern persistierte nur auf jederzeitigen Widerfuß (!) auf die „Gutunterschrift“ eines Ermaßigungskommissars.

Die Amnestie, welche vom Reichstag beschlossen wurde, muß unter einem doppelten Schleierpontifikat betrachtet werden. Sie war für die Schleicherregierung und ihre Tolerierungsparteien ein Mittel, vor den rebellierenden Arbeitern, insbesondere der Hitlerpartei der wahren Stimme der nationalsozialistischen Tolerierungsfrente zu verdecken. Die Amnestie beschließt in verschleiert. Die Amnestie ist jedoch zugleich auch ein Judentum der Bourgeoisie vor der von den Kommunistischen Partei und der Roten Hilfe geführten, in den letzten Wochen immer stärker anwachsenden Kampagne für Beleidigung der Sondergerichte und Freilassung der proletarischen Gefangenen. Dieser Aktion, die immer stärker zu einer direkten Massenbewegung wurde, möchte die Bourgeoisie die Spire abbrechen. Die Arbeiterschaft aber wird sich mit diesem teilweisen Zurückweichen des Altkonservativen in der Amnestiefrage nicht zufriedengeben, sondern im Gegenteil ihre Aktion fortsetzen und verstetigen, die auch der letzte proletarisch politische Gefangene bestellt ist.

Wenn die Schleicherregierung mit der Vertragung des Reichstages zunächst einen Erfolg erzielt hat, so darf das nicht darüber hinwegtäuschen, daß die Schwierigkeiten im Lager der bürgerlichen Bourgeoisie keineswegs geringer, sondern im Gegenteil großer geworden sind. Wir wollen die Differenzen zwischen der Hugenottenfaktion der Kapitalistensklasse und dem Schleicher-Kabinett nur andeuten. Wir müssen jedoch vor allem hinweisen auf den inzwischen eingetretenen offenen Bruch im Lager der Hitlerpartei. Der Rücktritt Strachers enthielt die verdeckten Differenzen innerhalb der NSDAP. Stracher und seine Gruppe arbeiteten auf eine offene Koalition mit Schleicher hin, durch die sie die NSDAP in den Staatsapparat der nationalsozialistischen Diktatur einschalten wollten. Der Bruch zwischen Hitler und Stracher bedeutet jedoch nicht etwa, wie die Nazis glauben möchten, lächerlichen Kampf gegen Schleicher, sondern lediglich eine vorstelligere Taktik im Heranführen der Hitlerpartei an die Schleicherregierung unter oppositionellen Manövern zur Maskierung ihrer Tolerierungspolitik.

Es ist jedoch zu erwarten, und unsere Aufgabe ist es, dafür zu sorgen!, daß die Tolerierungsfakultäten der nationalsozialistischen Reichstagsfraktion die Säurung in den nationalsozialistischen Massen weiter verschärfen und delichneigen werden.

Die Sozialdemokratie hat am ersten Tage dieser Reichstagsperiode zusammen mit den anderen Tolerierungsparteien das kommunistische Mithrausanzug gegen Schleicher verhindert. Sie hat ihre Tolerierungspolitik in den folgenden Tagen durch sozialdemokratische Demagogie gegenüber den Nazis zu verdecken versucht. So zeigt sich, daß gerade die engere Verbindung der Nazis mit der Regierung Schleicher den Sozialdemokraten neue Möglichkeiten zu Betrugsmethoden gegenüber den arbeitenden Massen gibt, die wir unbedingt entkräften müssen. Auch innerhalb der Sozialdemokratie bereitet sich ein ähnliches Risiko vor, wie bei den Nazis. Das offene „Gesetz“ für die Regierung Schleicher in einem Exekutiv-Kabinett, der Ruf der besseren SPD-Zeitung „Vorwärts“ Schleicher arbeiten! und die Schleicherpolitik der Reichsbannerleitung im Süden; das alles zeigt in vollkommenster Klarheit,

# Höchste Gefahr für die Winterhilfe

## Kohlenbarone und Großagrarier wollen ein Geschäft damit machen. Verstärkt den außerparlamentarischen Kampf für die Forderungen der Arbeitslosen!

Im Haushaltsausschuss des Reichstages wurde gestern mit den Stimmen der Nazis und bei Stimmenthaltung der SPD, der kommunistischen Antrag auf eine Geldbeihilfe von 50 Mark für die Erwerbslosen, zugleich 15 Mark für jeden Zulagsberechtigten, ferner die laufende Gewährung von Lebensmittelbeihilfen und Heizungsmaterial abgelehnt. Angenommen wurde nur der zu nichts verpflichtende Antrag, der schon im Sozialpolitischen Ausschuss angenommen wurde.

Dieser Antrag wurde lediglich erweitert durch folgenden Abschluß:

In den Monaten Dezember bis April sind für jeden unterhaltungsberechtigten Haushalt zu leisten: 2 Kilo Brot wöchentlich, 20 Zentner Kohlen, 2 Kilo Fleisch wöchentlich. Diese Mengen sind bei einem Haushalt von mehr als drei Personen entsprechend höher, bei Verdigen entsprechend niedriger zu bemessen.“

Dieser Antrag wurde von den Kommunisten dahingehend erweitert, daß die Verteilungen an alle Sozialbedürftigen, also auch an Ausgezogene zu erfolgen sollen.

Der Antrag des Schleicherregierung erfüllte aber, daß dieser Antrag nicht durchgeführt werden sollte, da kein Geld da sei.

In dieser Stunde liegt gerade die Übergangsperiode zwischen der Winterhilfe und der Winterhilfe für den Monat Oktober. Beide Monate wurde ein Haushalt von 40,8 Millionen Jahren erzielt. Im Zeitraum von April bis Oktober ergibt sich damit ein Überfluss von 194,8 Millionen. Aber dieser Überfluss soll nicht für die Winterhilfe, sondern für den Zweck, welcher sich die Schleicherregierung den risigen Militär- und Polizeiaufwand eingeschworen oder von den Reichs-Exzisesteuern zu erheben.

Ja, die Kohlenbarone und Großagrarier wollen aus der Winterhilfe noch ein großes Geschäft machen. Sie bieten Kohlen und Getreide zu „verdächtigen Preisen“ an. Die Deutschen Nationalen hatten dabei die Unschuldigkeit im Haushalttausch zu fordern, daß die Bergarbeiter für die Belieferung der Erwerbslosen mit Kohlen und bezahlte Schichten leisten sollen.

Es besteht die höchste Gefahr, daß aus der Winterhilfe gut wie nichts wird.

Nur durch die Verstärkung des Kampfes der Willkür-Werktäten für die Forderungen der Arbeitslosen wird möglich sein, die Winterhilfe durchzuführen.

# 2219 Jahre Freiheitsstrafen gegen Antifaschisten

Stiegert den Protest zur Rettung Barils. Heraus mit allen proletarischen politischen Gefangenen!

Dresden, 17. Dezember 1932

In der Zeit vom 17. August bis 7. Dezember 1932 wurden nach den Presseveröffentlichungen gegen Antifaschisten 1 Todesurteil, 2219 Jahre Freiheitsstrafen und 750 Mark Geldstrafen verhängt. Es wurden durchschnittlich:

832 Prozeßfälle mit 3321 Angeklagten freigesprochen wurden 585 Angeklagte verurteilt wurden 2886 Angeklagte

davon 230 Reichsbanner in 160 Jahre 2 Monate (davon 52 Jahre 3 Monate Juchthaus)

davon 3 gerollt. Arbeiter zu 4 Jahre Juchthaus davon 65 Jahren zu 28 Jahre (davon 6 Jahre 10 Monate Juchthaus)

Gegen Antifaschisten wurden daher in der gleichen Zeit in 249 Prozeßfällen nur 379 Jahre 4 Monate Freiheitsstrafen verhängt. (Ausser den 5 Todesurteilen in Beuthen die inzwischen in Juchthausstraße umgewandelt wurden.)

Das beweist, in welchem Maße sich der Zwischenfall gegen die Arbeiterschaft rückt. Die Gerichte machen keinen Unterschied.

## Drei Urteile!

Berlin, 11. Dez. (Sig. Tsch.)

Vor dem Sondergericht in Oderode wurden gestern 8 Fälle am 9. August verhängt, mit drei Bomben ein Kaufhaus in Oderode in die Luft gesprengt. Drei Nazis erhielten 2 Jahre Gefängnis, die übrigen geringfügige Arbeitsstrafen.

Das Oderberger Sondergericht verhängte gestern drei Jahre aus Oderhausen zu Freiheitsstrafen von zwölfmal 6 Monaten und einmal zu 2 Monaten. Die Nazis hatten auf dem Hof eines Fleischhändlers aus politischer Rache an drei Schülern Schmerzen angelegt.

Am gleichen Tage stand vor dem großen Strafgericht Waldenburg der Bauer Hermann Seldel. Am 15. Oktober sollte in Hermsdorf die Wohnung eines Anwalts zwangsweise genommen werden. Vor dem Hause standen etwa 300 Arbeiter, gegen die Einschüttung protestierten. Seitdem wurde von der Polizei herausgegriffen und jetzt vom Sondergericht zu zehn Jahren Juchthaus verurteilt.

Am Sonntag kam es in Leipzig an verschiedenen Stellen zu spontanen Demonstrationen.

Gegen 10 Uhr bildete sich plötzlich in der Windmühlenstraße im rechten Verlauf ein Demonstrationszug, der 17 Minuten eine Strecke von 500 bis 600 Personen, darunter viele Frauen, annahm.

Auf dem Platz vor dem Sondergericht in der Straße 18 Uhr kam es auf dem Neumarkt, Nähe 11 zu einer spontanen Versammlung von Hungerten.

Wie uns gewußt wird, kam es auch in Würzburg Sonntag gegen 17 Uhr in der Hauptstraße zu spontanen Demonstrationen gegen die Schleicherregierung. Von einer 2000er wurde eine Ansprache an die Ballantennengruppe gerichtet, in die 2000er Tätigkeit um Kampf gegen Hunger und Tod, gegen die harsche Diktatur angefordert wurde.

Auf dem Chemnitzer Brückenkopf bildete sich am Sonntag von Abend bis Mitternacht ein Demonstrationszug, der unter „Wir“-Rufen gegen die Regierung und im Sprechchor erneut Anordnungen nach Tod, Kastofeld und Rothenburg für die harsche Gewerkschaftsbelastung eine ganze Zeit zwischen den Hassen bestimmt. Zu Zwischenfällen ist es nicht gekommen.

# Volkszeitung schweigt noch immer über die Unterredung Leiparts mit dem Vertreter des „Excelsior“

Die Dresdner Volkszeitung stellt sich noch immer faul und schwiegt noch immer den sozialdemokratischen Arbeitern und Gewerkschaftskollegen die Tatsache und den Wortlaut der Unterredung Leiparts mit dem Vertreter des Parteiblattes „Excelsior“ vom 2. September 1932.

Warum dieses Schweigen? Und warum die Gewerkschaftszeitung eine aufschlüsselbare Täuschung?

Um eben die Schleicherregierung und ihre sozialreformären und Verfolgungsmaßnahmen gegen die Arbeiterschaft zu unterstützen! Um den Einbau der Gewerkschaften in den Faichismus zu erleichtern.

Deshalb schwiegen die Dresdner Volkszeitung und die Volkszeitung für die Oberlausitz.

Aber die Gewerkschaftskollegen und die sozialdemokratischen Arbeitern schwiegen nicht.

Das freigewerkschaftliche Oderamt bestätigte gestern (Thüringen) nach leidiger Sitzung zu der Unterredung des Schleicher-Kabinets durch die ADGB-Führung Stellvertreter des Schleicher-Kabinett gegen das Verhalten der Nazis. Das Gewerkschaftsamt bestätigte am 11. November die Unterredung der Schleicherregierung und dem Leipart-Karsch-Kampf an.

Die Belegschaft der Thüringer Elektrizitäts-Bürokratie legte am 9. Dezember in einer Betriebsversammlung der Schleicherregierung und dem Leipart-Karsch-Kampf an. Einen thüringischen Betrieb ließ eine Delegationsversammlung in Gehrden (Hessen), auf der 78 Vertreter aus 22 Betrieben anwesend waren.

Gewerkschaftskollegen, Belegschaften, folgt diesen Beispiele! Bringt in jeder Gewerkschafts- und Betriebsversammlung die Erklärungen und den Brief Leiparts für Schleicher zur Sprache! Faßt überall Protestbeschlüsse!

wie diese Gruppe der SPD-Güterkraft offen auf eine Einschaltung der reformistischen Gewerkschaften und des Reichsbanners in das sozialistische Regime hinsteuert, während die Breitschaft und Leder keine markierte machen.

Der Leipart-Güterkampf der SPD in eine Parallel-

gesellschaften im Angriff. Sie hat die Arbeiterschaften der Gewerkschaften und ihrer Sitzungen gegen die Schleicherregierung und den Karsch-Kampf bestimmt. Die Gewerkschaften und Gewerkschaftsvereine gegen die Schleicherregierung und den Karsch-Kampf.

Die Kommunistische Partei war auch während dieses Reichstagtagung ununterbrochen im Angriff. Sie hat die Arbeiterschaften der Gewerkschaften gewungen, sich zu emmatriieren. Sie hat vor der Tribüne des Parlaments bestimmt, das arbeitende Volk Deutschlands aufgerufen, zum Kampf gegen Leder und Breitschaft gegen die sozialistische Diktatur des Bürgerschaften.

Unter Führung der KPD markiert das arbeitende Volk Deutschlands gegen.